



- per E-Mail -

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz | Postfach 32 60 | 55022 Mainz

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn
Hendrik Hering, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



DER MINISTER

Ernst-Ludwig-Straße 3
55116 Mainz
Zentrale Kommunikation:
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4887
Poststelle@jm.rlp.de
www.jm.rlp.de

21. September 2020

Mein Aktenzeichen
4009E20-0094
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Ministerbuero@jm.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-4856
06131 16-4844

**Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz am 10.09.2020
TOP 4 „Umsetzung des Bundesgesetzes zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität im Internet erfordert noch gesetzliche Änderungen“**

**Antrag der Fraktion der FDP nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/7074 -**

1 Schriftstück

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der vorbezeichneten Sitzung hatte ich zu TOP 4 zugesagt, den Rechtsausschuss über den Fortgang der Angelegenheit zu informieren.

Dieser Zusage entsprechend übersende ich das am 11. September 2020 eingegangene Antwortschreiben der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz mit der Bitte, dieses –mit diesem Anschreiben - an die Mitglieder des Rechtsausschusses mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.

1/2

Kernarbeitszeiten

09:30 - 12:00 Uhr
14:00 - 15:00 Uhr
Freitag: 09:30 - 12:00 Uhr

Verkehrsanbindung

Bus ab Mainz-Hauptbahnhof
Linie 6 bis Haltestelle Bauhofstraße

Parkmöglichkeiten

Schlossplatz, Rheinufer
für behinderte Menschen:
Diether-von-Isenburg-Straße



Der Berichterstattung in den Medien ist zu entnehmen, dass die Prüfung des Bundespräsidialamtes hinsichtlich der Ausfertigung des Gesetzes noch andauert. In der Annahme des dortigen Interesses darf insoweit auf den nachfolgenden Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 17.09.2020 hingewiesen werden: <https://www.sueddeutsche.de/politik/hate-speech-hasskriminalitaet-gesetz-steinmeier-1.5034929>.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Mertin

1 Anlage

Eingescannt am: 16. SEP. 2020



CHRISTINE LAMBRECHT, MdB

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ



An den
Minister der Justiz des
Landes Rheinland-Pfalz
Herrn Herbert Mertin
Postfach 32 60
55022 Mainz

8. September 2020

Sehr geehrter Herr Kollege,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Juli 2020, in dem Sie mich bitten, die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020 zur Bestandsdatenauskunft auf das neue Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität zu prüfen.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass sich das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität in der Praxis bewährt. Mit dem neuen Meldeverfahren wollen wir sicherstellen, dass strafbare Postings in sozialen Netzwerken künftig nicht mehr nur gelöscht, sondern in den gesetzlich vorgesehenen Fällen dem Bundeskriminalamt gemeldet werden, um sie von dort aus den zuständigen Strafverfolgungsbehörden zuzuleiten und so die strafrechtliche Verfolgung zu gewährleisten.

Ich teile Ihre Auffassung, dass die Regelungen zur Bestandsdatenauskunft einen wichtigen Baustein des vorgesehenen Meldeverfahrens darstellen. Mein Haus prüft daher intensiv die Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, auch wenn sich diese nicht unmittelbar auf das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität und das darin vorgesehene Meldeverfahren bezieht. Dabei stehen wir bereits im Austausch mit denjenigen Ressorts, die angesichts ihrer federführenden Zuständigkeit für die vom Bundesverfassungsgericht verworfenen Vorschriften primär von der Entscheidung betroffen sind. Dies gilt insbesondere für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie für

400011-0028

das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die für die von Ihnen angesprochenen Regelungen im Bundeskriminalamtgesetz, Telekommunikationsgesetz und im Telemediengesetz federführend verantwortlich sind.

Die fristgerechte und umfassende Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat für mich eine hohe Priorität. Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Bundesregierung die dafür erforderlichen gesetzlichen Anpassungen zeitnah auf den Weg bringen wird. In den anstehenden Beratungen werde ich besonderes Augenmerk darauf haben, das Funktionieren des Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität sicherzustellen, damit die hohen Erwartungen erfüllt werden, die zu Recht in das neue Meldeverfahren gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Christian Lindner". The signature is stylized and cursive.